

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

August 2011



Die Schulden der Staaten sind die Sorgen der Bürger

Das waren noch Zeiten, als Staatspapiere so etwas wie Garantiescheine für wirtschaftliche Sicherheit der Staatsbürger in ihrer Lebensphase als Rentner waren. Staatspapiere: Mehr Solidität des Schuldners und mehr Sicherheit seiner Gläubiger konnte man sich in bürgerlichen Kreisen nicht vorstellen. Mögen die Märkte sich im ruppigen Auf und Ab der Konjunkturen bewegen – an der dauerhaft verlässlichen Finanz- und Zahlkraft von Vater Staat wurde nicht gezweifelt. Der Staat würde doch kein Konkursbetrüger sein!

Als Betrüger wird man die heutzutage handelnden Politiker sicherlich nicht bezeichnen wollen. Aber die Schulden der Staaten sind doch die Sorgen der Märkte geworden. Wer im Gebiet der Europäischen Währungsunion lebt, arbeitet, spart und auf die Wertbeständigkeit seiner Rücklagen hofft, macht nun die Erfahrung: Die Stabilität der Europäischen Währungsunion und die Sicherheit der Ersparnisse sind zwar wohlgemeinte Zusagen der Politik, aber keinesfalls sichere Aussichten der zu erwartenden Wirklichkeit seiner „alten Tage“. Was mit dem heute verdienten und gesparten Euro in zehn, fünfzehn oder mehr Jahren noch gekauft werden kann, lässt sich keinem Sparvertrag und keiner Versicherungspolice entnehmen. Der reale Wert der Ersparnisse entscheidet sich nicht im Verhandlungsgeschick des vorsorgenden Sparerers: Entscheidend für die Wertbeständigkeit des Ersparten sind die Finanzen der Staaten. Und die Staaten sind – erst recht in einer Währungsunion wie der Eurozone – vom Bürger weit entfernt.

Die Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika leben nicht in einer Währungsunion. Die von ihnen zu finanzierenden Staatsschulden sind Schulden ihres Staates. Aber auch dessen Schulden entscheiden wesentlich darüber, was Ersparnisse der Bürger eines späteren Tages noch wert sein werden. Daher müssen die Schulden der Staaten nicht nur die Sorgen der Märkte, sondern zuallererst die Sorgen der Bürger sein.

Hans D. Barbier

Eurobonds als Retter?

Auf der Suche nach Lösungen in der aktuellen europäischen Schuldenkrise wird auch um sogenannte Eurobonds gestritten. Bislang gibt es in der Europäischen Union nur „Bonds“ der einzelnen Staaten, besser als „Staatsanleihen“ bekannt. Wenn Staaten Probleme bei ihrem Schuldendienst haben – siehe zum Beispiel Griechenland –, müssen für neue Anleihen höhere Zinsen angeboten werden. Neue Anleihen wiederum werden oft genug nur begeben, um die Zinsen für alte Anleihen bedienen zu können. Dadurch entsteht eine Schuldenspirale: Höhere Zinszahlungen erfordern neue Staatsanleihen zu noch höheren Zinsen.

Diese Spirale soll in Zukunft mit Eurobonds durchbrochen werden, gemeinsamen Anleihen aller Euroländer. Die Bonds sollen einen Teil der Staatsschulden von Krisenstaaten bündeln. Das sieht zum Beispiel Jean-Claude Juncker, einer der prominentesten Eurobonds-Befürworter, als guten Weg aus der Schuldenkrise. Eurobonds sollen einzelne, nationale Staatsanleihen ergänzen, nicht ersetzen – vorläufig jedenfalls. Ein großer Teil der Schulden würde nach wie vor zu nationalen Zinssätzen verzinst. Das Problem: Wie aussagekräftig wäre das Zinssignal, wenn jeder Investor weiß, dass sich im Notfall – oder wenn der Zins-

satz zu hoch wird – jedes verschuldete Land kurzerhand über neue Eurobonds finanziert?

Laut Junckers Vorstellungen soll eine neu zu gründende europäische Schuldenagentur Anleihen begeben, für die alle Euroländer gemeinsam haften. Die Idee: Hoch verschuldete Krisenländer könnten sich – dank Eurobonds – wieder zu relativ günstigen Zinskonditionen Kredite besorgen. Die 17 Euroländer würden gesamtschuldnerisch haften und wären gemeinsam für die Rückzahlung verantwortlich. Fällt ein Land aus, müssen die anderen Euroländer einspringen.

Parallel dazu soll ein „Anreizsystem“ geschaffen werden, damit die Defizite einzelner Länder nicht aus dem Ruder laufen. Denn Eurobonds-Kritiker warnen: Die Verlockung, sich auf Kosten anderer zu verschulden, würde durch die automatische gemeinsame Haftung drastisch steigen.

Noch lehnt die deutsche Bundesregierung den Vorschlag ab, wohl auch deshalb, weil Eurobonds die Bonität Deutschlands schwächen würden. Die Bundesrepublik wäre dann erst recht an Griechenland und andere hoch verschuldete Länder gebunden. Die Folge wäre ein höherer Risikozuschlag, also höhere Zinsforderungen von künftigen Gläubigern. Im Moment

liegt der durchschnittliche Zins von Bundeswertpapieren bei 1,7 Prozent; Eurobonds, so Schätzungen, kämen auf etwa das doppelte Zinsniveau.

Umstritten ist auch, ob nationale Staatsanleihen dauerhaft neben Eurobonds bestehen würden. Anleger könnten sich auf – die vermeintlich sicheren – europäische Gemeinschaftsanleihen konzentrieren. Neue Anleihen aus Ländern wie Portugal oder Spanien würden dann kaum noch gekauft werden. Im ungünstigsten Fall wäre deren staatliche Finanzierung dann vollständig auf Eurobonds angewiesen.

<http://goo.gl/71ox4>

Heiße Absprachen

Das Bundeskartellamt hat gegen die Iveco Magirus Brand-schutztechnik GmbH ein Buß-geld in Höhe von 17,5 Millionen Euro verhängt. Der Grund: Absprachen bei der Herstellung von Feuerwehrfahrzeugen mit Drehleitern. Iveco ist der vierte Hersteller von Feuerwehrfahrzeugen, gegen den das Bundeskartellamt ermittelt hat.

Gegen drei Löschfahrzeug-hersteller – Rosenbauer, Ziegler und Schlingmann – waren bereits im Februar 2011 Geld-bußen in Höhe von 20,5 Millionen Euro beschlossen worden.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund prüft Schadenersatzforderungen. Immerhin kostet ein Löschfahrzeug samt Ausrüstung zwischen 250 000 und 300 000 Euro. Wie viel günstiger die Feuerwehrautos ohne Kartell gewesen wären – das herauszufinden ist nun Aufgabe von Anwälten und Gerichten.

<http://goo.gl/3LYIG>

Euro-Rückblicke

Der Einstieg in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion war vor allem politisch begründet. Ansätze, die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten wirksam zu kontrollieren, wurden kaum beachtet, die wenigen beschlossenen Kontrollmechanismen leichtfertig außer Kraft gesetzt.

Anfang Mai 1998 zeigte sich Europa in Feierlaune: Elf Kandidaten – Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien – würden in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) starten und am 1. Januar 2002 offiziell den Euro als Münze und Banknote einführen. Ein seit Beginn der 1990er Jahre währendes Projekt lief auf die konkrete Umsetzung zu.

Beifall kam allerdings nicht von allen Seiten. Es gab unzählige ökonomisch begründete Warnungen auf dem Weg in die EWWU, zum Beispiel von der Deutschen Bundesbank. Für Belgien und Italien komme der Gang in einen gemeinsamen Währungsraum zu früh; das hatten die Währungshüter in einem Gutachten festgehalten. Die Schulden in den beiden Ländern seien zu hoch, die Maastricht-Kriterien nicht erfüllt. Beide Länder müssten, wollten sie dennoch in die Währungsunion, kräftig in ihren Staatshaushalten sparen.

Kriterien für eine stabile EWWU

Im Rahmen des Maastricht-Vertrags von 1992 einigten sich die EG-Mitgliedstaaten auf vier sogenannte Konvergenzkriterien, die Staaten er-

füllen mussten, die der EWWU beitreten und den Euro einführen wollten. Auf Anregung des damaligen deutschen Finanzministers Theo Waigel wurden die zwei Kriterien, die die Staatsfinanzen betrafen auf dem EG-Gipfel 1996 in Dublin über den Euro-Beitritt hinaus festgeschrieben: Die Staatsverschuldung darf 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten und die jährliche Nettoneuverschuldung nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen. Mit dem im Juni 1997 beschlossenen Vertrag von Amsterdam wurde der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ geltendes EU-Recht.

Das bedenkenswerte Gutachten der Bundesbank wurde zur Kenntnis genommen – und weiter ging's mit der Konstruktion der Währungsunion. Der letztmögliche Termin für den Start des Euro – als Rechnungseinheit und als sogenanntes Buchgeld –, der 1. Januar 1999, wurde eingehalten. Italien und Belgien waren mit von der Partie, und selbst Griechenland war schneller in der EWWU (1. Januar 2001), als die Wirtschaftsdaten hergaben.

Allerdings flammte in Deutschland Mitte der 1990er Jahre nochmals eine heftige öffentliche Debatte auf, ob die

Währungsunion für manche Kandidaten nicht doch zu früh komme. Sogar eine Verschiebung der EWWU wurde diskutiert.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Herbst 1993 zwar die Klagen von Euro-Gegnern zurückgewiesen. Gleichzeitig forderte das Gericht aber, die Kriterien des Maastricht-Vertrages strikt einzuhalten. Das hätte bedeutet, dass Länder mit einem Schuldenstand von mehr als 60 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes und einer Neuverschuldung von mehr als drei Prozent nicht in den Euro-Verbund hätten aufgenommen werden dürfen.

Frühe Warnungen der Bundesbank

Trotz ihrer Skepsis trug die Bundesbank das Euro-Projekt mit, Mahnungen blieben aber an der Tagesordnung: Mit ungleichen Partnern werde das Projekt Währungsunion scheitern. Wer Schulden auf Schulden türme, könne auf Dauer die Zinslasten nicht tragen, so der damals amtierende Bundesbankchef Hans Tietmeyer.

Auch wirtschaftliche Ungleichgewichte seien nicht zu unterschätzen: Achten alle EWWU-Mitglieder auf ihre Wettbewerbsfähigkeit und halten sich an die Stabilitätsregeln, laufe alles reibungs-



„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Angela Merkel (Eidesformel zur Amtsübernahme gemäß Artikel 56 und 64, Absatz 2 des Grundgesetzes)

los; anderenfalls drohen Probleme. Ökonomen wiesen darauf hin, dass die unterschiedlichen Produktivitätslevel in den Staaten sowie entsprechende Export- und Importüberschüsse die Erfolgsaussichten der ins Auge gefassten EWWU verschlechtern würden.

Als Geburtsfehler der Währungsunion galt den Kritikern – nicht nur in der Bundesbank – die Asymmetrie des Maastricht-Vertrages. Auf der einen Seite gaben die EWWU-Mitglieder ihre geldpolitische Eigenständigkeit auf. Auf der anderen Seite wollten sich die Regierungen in der Finanz- und Haushaltspolitik zwar gemeinsamen Regeln unterwerfen. Die Staatsfinanzen – Schuldenaufbau und -abbau inklusive – blieben aber Sache der einzelnen Mitgliedsländer. Das, so warnte auch Hans Tietmeyer, sei riskant: „Wir sind im Währungsbereich jetzt für eine Reihe von Mitgliedstaaten voranmarschiert, und ich hoffe, dass die politische Integration sich weiterentwickelt.“

Diese Fortentwicklung ist in Europa bis zum heutigen Tag ausgeblieben. Noch dramatischer: Erste Ansätze, die Haushaltspolitik der Euro-Mitgliedstaaten mithilfe des „Stabilitäts- und Wachstumpaktes“ wirksam und dauerhaft zu kontrollieren, wurden missachtet, bestehende Regeln ignoriert oder sogar abgeschafft. Als Theo Waigel in der Gründungsphase des Euro den Stabilitätspakt vorschlug, wurde dieser zwar verabschiedet, die Formulierungen über automatische Sanktionen gegen Haushalts-

sünder wurden jedoch gestrichen.

Ein Glück auch für Deutschland: Gemeinsam mit Frankreich hat die Bundesrepublik fast von Beginn an die Stabilitätskriterien verletzt: Von 2002 bis 2005 lag die deutsche Nettoneuverschuldung über drei Prozent, in Frankreich war das in den Jahren 2002 bis 2004 der Fall.

Politik mit Vorrang vor Ökonomie

Der Rückblick gibt denen Recht, die der Meinung waren, dass der Sparwille der meisten Staaten in dem Augenblick nachlassen werde, in dem sie Euro-Mitglied wären. Denn ökonomische Zweifel hin, Verfassungsklagen her: Der Euro galt als das europäische Friedensprojekt schlechthin. Ein Europa, das über seine Währung zu einer Einheit unauflösbar zusammengeschweißt sein würde – das war die große politische Vision.

Auch Finanzminister Theo Waigel musste sich von Bundeskanzler Helmut Kohl belehren lassen: Eine Verschiebung der EWWU sei nicht hinzunehmen. Kohl am 5. Oktober 1995: „Ich denke, dass die Kollegen begriffen haben, dass ich persönlich hier meine volle politische Existenz einbringe in diese spezielle Frage, dass das Haus Europa gebaut wird. Und ich habe betont, ... dass wir möglichst viele am Start sehen wollen und dass es jetzt wenig Sinn macht, darüber zu reden, wer dies wohl schafft oder nicht schafft.“

Die Folgen zeigen sich dieser Tage in aller Deutlichkeit.

Die Finanzkrise hat die prekäre Haushaltslage mancher Eurostaaten verschärft. Im Zuge der vermeintlichen „Eurorettung“ wurde selbst die Kernregel, der zufolge kein Euro-Mitglied für die Schulden eines anderen einzustehen hat – Stichwort no-bail-out –, über Bord geworfen.

Nach Erhebungen von Eurostat – dem Statistikamt der Europäischen Union – soll die durchschnittliche Schuldenquote in diesem Jahr bei 86,5 Prozent der Wirtschaftsleistung liegen. Inzwischen türmen sich die Schulden also weit über die vorgegeben 60 Prozent. Für 2010 vermerkt Eurostat folgende Schuldenstände, jeweils gemessen am Bruttoinlandsprodukt: Belgien 97 Prozent, Deutschland 83 Prozent, Frankreich 82 Prozent, Griechenland 143 Prozent; für Irland wurden 96 Prozent, Italien 119 Prozent, Österreich 72 Prozent, Portugal 93 Prozent Schulden festgestellt.

Was nun? – Mühevolle Reparaturversuche

Die in den Anfangsjahren der EWWU geäußerten Befürchtungen sind also eingetreten, und das trotz der damaligen Versuche, Lösungen für die erkannten Probleme zu finden. Die milliardenschweren Rettungsschirme sind vorläufige Schlusssteine dieser Entwicklung. Allerdings ist mehr als deutlich: Das Grundproblem wird nicht gelöst, indem starke Staaten den schwachen beim Schuldendienst helfen, und noch so ambitionierte Sparvorhaben einzelner Staaten wirken eher hilflos und aktionistisch.

Die angeschlagenen Volkswirtschaften geraten in eine Situation, in der drastische Sparmaßnahmen politische Unruhen auslösen können. Eine brisante Mischung für die europäische Idee, darauf weist auch Peer Steinbrück hin, bis 2009 Bundesfinanzminister in der Großen Koalition: „Dieses Europa ist die Antwort auf 1945 und die Antwort auf das 21. Jahrhundert. Ich versuche jungen Leuten zu erklären, dass der Friedenszustand, in dem sie leben, der Ausnahmezustand ist, nicht die Regel.“

Der Euro als Friedensstifter: Damit rückt das zentrale Argument der Konstrukteure der EWWU wieder in den Vordergrund. Jenseits der Diskussionen über die Größe von Rettungsschirmen, die Rolle von Ratingagenturen, die Haftung von Banken oder die Einführung von Eurobonds mehren sich Stimmen, die neue Institutionen fordern, mit klarer Zuständigkeit für alle Haushalte in der Eurozone. Institutionen mit weitgehenden Kompetenzen, die automatisch und ohne langwierige Ratsdebatten in die Finanzpolitik der Mitgliedsländer eingreifen dürfen. Ob allerdings die Parlamente der Euroländer und die diversen, bereits bestehenden europäischen Institutionen solche Einschränkungen in ihrer Souveränität akzeptieren würden, ist angesichts der Erfahrungen mehr als zweifelhaft. Welche Lösung bietet sich noch an? Vielleicht das Ende der Europäischen Währungsunion, wie wir sie bisher kennen.

Andreas Schirmer



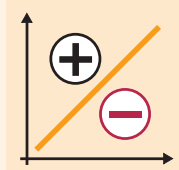
„Die eigentliche Verwaltung der Staatsgeschäfte bedarf einer unglaublichen Menge detaillierter Einrichtungen und beschäftigt ebenso viele Personen. Daher nimmt in den meisten Staaten von Jahrzehnt zu Jahrzehnt das Personale der Staatsdiener und der Umfang der Registraturen zu und die Freiheit der Untertanen ab.“

Wilhelm von Humboldt

IM KLARTEXT

August 2011

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im August 2011

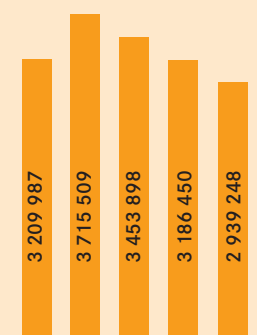
Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Für Juli meldet die Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 2,9 Millionen Menschen ohne Arbeit. Das waren knapp 250 000 Menschen weniger als im Juli vor einem Jahr, allerdings 46 000 mehr als im Juni 2011.

Zudem hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen um einen Prozentpunkt auf nunmehr 34 Prozent erhöht. Die Zahl der Unterbeschäftigung stagniert derzeit bei vier Millionen; als unterbeschäftigt gelten alle Menschen, die zum Beispiel in BA-Maßnahmen

Arbeitslose



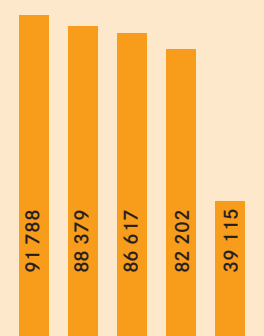
jeweils Juli
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

stecken, arbeitsunfähig krank sind oder kurzarbeiten.

Eigenverantwortung

Nach Angaben der Argetra GmbH, ein Fachverlag für Immobilienversteigerungen, wirkt sich die gute Konjunktur auch auf die Lage am Immobilienmarkt aus: Im ersten Halbjahr 2011 kamen bislang deutlich weniger Immobilien „unter den

Versteigerungen



* 1. Halbjahr
Quelle: Argetra GmbH

Hammer“: Zwischen Januar und Juni 2011 wurden rund 39 000 Zwangsversteigerungen anberaumt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjah-

res ist das ein Rückgang um zehn Prozent.

Die Amtsgerichte arbeiten unterschiedlich schnell. Die zeitliche Spanne zwischen der Beschlagnahme des Objektes und der Veröffentlichung des ersten Versteigerungstermins liegt im Durchschnitt zwischen 347 und 586 Tagen. Folgetermine eingeschlossen, dauert es im Höchstfall über drei Jahre, bis auf das Eigentum uneingeschränkt zugegriffen werden kann. Die lange Verfahrensdauer bedeutet – neben dem Zeitverlust – fehlende Mieten, unbezahlte Kreditzinsen und Reparaturstaus.

Geldwertstabilität

Die tariflichen Monatslöhne der Arbeitnehmer in Deutschland sind von April 2010 bis April 2011 um 1,5 Prozent gestiegen; das haben die Experten des Statistischen Bundesamtes im Juli gemeldet. Den Berechnungen zufolge stiegen die Tariflöhne in der Privatwirtschaft mit 2,1 Prozent stärker als in „nicht marktbestimmten“ Bereichen; dazu zählen zum Beispiel die öffentliche Verwaltung, der Bildungssektor und das Gesund-

Teuerungsrate 2011

in Prozent	Änderungen zum Vorjahr
Januar	2,0
Februar	2,1
März	2,1
April	2,4
Mai	2,3
Juni	2,3
Juli	2,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

heitswesen (Zuwachs: 0,7 Prozent).

Der Haken: Die Verbraucherpreise sind im selben Zeitraum um 2,6 Prozent gestiegen. Die tarifvertraglich bedingten Verdienststeigerungen werden also von der Teuerung mehr als wett gemacht. Zudem muss beachtet werden, dass lediglich 33 Prozent der Betriebe und 60 Prozent der Beschäftigten an Tarifverträge gebunden sind.

Die Zahlen legen nahe, was ein Großteil der Beschäftigten am eigenen Portemonnaie spürt, und das ohne amtliche Bestätigung: Trotz vermeintlichem XXL-Aufschwung und Tariflohnsteigerungen sinken für viele die Realeinkommen seit Langem.

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: CDU (innen); picture-alliance/dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard